Stand: 08.11.2026 22:06:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3393

"Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3393 vom 14.10.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 15.10.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4167 des BI vom 06.11.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.10.2014 **Drucksache 17/3393**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Margit Wild, Kathi Petersen, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus in der nächstmöglichen Sitzung, also am 6. November 2014,

1. über die Hintergründe, wie es zu dem kultusministeriellen Schreiben vom 29. September 2014 an die Gymnasien in Bayern kam, und
2. über die geplanten Veränderungen am bayerischen Gymnasium, insbesondere die Umsetzung der Mittelstufe plus,

zu berichten.

Begründung:

Mit Schreiben vom 29. September 2014 informierte das Kultusministerium die bayerischen Gymnasien über die Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern. Als Grundlage wird „auf den Beschluss der CSU-Landtagsfraktion vor wenigen Tagen in Kloster Banz“ hingewiesen. Dies erweckt den Eindruck, als sei künftig nicht mehr das Parlament der Ort, an dem über die Weiterentwicklung des Gymnasiums, insbesondere über die zukünftige Länge der gymnasialen Schulzeit entschieden wird, sondern eine Klausurtagung der Mehrheitsfraktion. Es muss sichergestellt sein, dass zunächst das Parlament bzw. der zuständige Ausschuss informiert wird und dann erst Schreiben das Staatsministerium verlassen. In offiziellen Schreiben der Staatsregierung ist der Verweis auf die Beschlusslage der CSU-Fraktion zu unterlassen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Immer war eine leere Null das Ergebnis. Wir werden das im Ausschuss noch einmal darlegen.

Ich will das jetzt nicht gutheißen. Aber die Behauptung, dass das eine skandalöse Faulheit oder völlige Untätigkeit des Verfassungsschutzes oder der Polizei gewesen ist, ist einfach nicht richtig. Wir müssen das klar sehen. In der Tat, das Thema berufliche Tätigkeit müssen wir noch ernster nehmen. Aber so oder so: Wenn es der Brandenburger Verfassungsschutz zwei Monate früher oder noch einmal um drei Monate später mitgeteilt hätte, hätten wir auch nichts machen können.

Egal, wie Sie das betrachten, Sie kommen immer zu demselben Ergebnis: Zunächst einmal ist der Mann am 1. November 2013 zum Richter ernannt worden. Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn Sie verhindern wollen, dass in Zukunft so jemand überhaupt erst zum Richter ernannt wird, können Sie das nur tun, indem Sie vorher den Verfassungsschutz fragen, ob er etwas weiß.

(Markus Rinderspacher (SPD): Er wusste ja nichts!)

Wenn Sie dabei bleiben wollen, dass Sie den Verfassungsschutz nicht vorher fragen, ob er etwas weiß - - -

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Wenn sich einer mit Wohnsitz Brandenburg bewirbt, auch am Flughafen, wird beim Verfassungsschutz Brandenburg nachgefragt. - Ich bin da ganz leidenschaftslos. Ich habe eine klare Meinung dazu. Aber das muss das Hohe Haus am Schluss selber entscheiden. Wollen wir in Zukunft zumindest für sicherheitsrelevante Bereiche vorsorgen, damit so jemand erst gar nicht eingestellt wird, wie wir das zum Beispiel beim Flughafen tun? Wir machen das zur Zeit übrigens, meine Damen und Herren, für alle Sicherheitsdienste in Deutschland, die Asylbewerberheime betreuen, jeweils mit Unterschrift der Betroffenen. Hier sind sich alle einig, auch der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, dass wir im Moment alle Sicherheitsleute in Asylbewerberheimen darauf überprüfen, ob sie einen rechtsradikalen Hintergrund haben, weil Neonazis versucht haben, sich da einzuschleichen. Da sage ich: Ja, da sind sich alle einig, weil wir sehen, wie notwendig das ist.

Ich frage: Wollen wir nicht diesen gleichen Mindeststandard künftig auch bei der Einstellung von Polizisten und Richtern anwenden? Darum geht es. Ich meine nach wie vor, dass das richtig ist, ohne davon abzulenken, dass man auch die konkreten Abläufe, wie jetzt geschehen, noch weiter verbessern muss.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt. Wir haben da ein paar Änderungen. Ich bitte also, darauf jetzt zu achten.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3358 abstimmen. Für diesen Antrag liegen keine Änderungsvorschläge vor.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil er so gut ist, Frau Präsidentin!)

Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3360 abstimmen. Hier wurde von der SPD-Fraktion darum gebeten, den letzten Absatz zu streichen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich damit einverstanden erklärt. Jetzt lasse ich darüber abstimmen. Der letzte Spiegelstrich wird gestrichen. Wer dann diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenhaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/3365 abstimmen. Hier wurde darum gebeten, dass über jede Nummer einzeln abgestimmt wird. Wer der Nummer 1 dieses Dringlichkeitsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist diesem Absatz zugestimmt worden.

Dann lasse ich über die Nummer 2 des Dringlichkeitsantrags der CSU-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist

der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion angenommen.

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3391. Hier ist darum gebeten worden, über die Nummer 4 dieses Antrags gesondert abzustimmen. Ist das richtig? – Gut. Dann lasse ich über die Nummer 4 des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen.

(Josef Zellmeier (CSU): Mit der Streichung?)

- Nein, die Streichung mache ich erst nachher. Ich lasse jetzt nur über die Nummer 4 abstimmen. Ich muss dann über den Rest des Antrags abstimmen lassen, und da bringe ich dann die Streichung, Herr Kollege.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum wollen die über die Nummer 4 getrennt abstimmen? – Volkmar Halbleib (SPD): Völlig korrekt!)

- Ich habe das so hier. Ich kann nur das tun, um was ich hier gebeten werde. – Ich lasse jetzt über die Nummer 4 des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dieser Nummer 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer 4 dieses Dringlichkeitsantrags angenommen.

Jetzt lasse ich über den Rest des Dringlichkeitsantrags mit der Streichung abstimmen. Hier heißt es: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen mündlich – ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit - …". Es ist darum gebeten worden, die Worte "ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit" zu streichen. Wer dieser Änderung, dieser Streichung, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER angenommen.

(Franz Schindler (SPD): Wir wollten nur über die Streichung abstimmen, aber nicht über den gesamten Antrag!)

- Herr Kollege Schindler, wir haben die Streichung jetzt vorgenommen. Ich kann jetzt auch noch einmal über den gesamten Dringlichkeitsantrag abstimmen lassen. Die gestrichene Passage ist jetzt nicht mehr enthalten. Wenn es der Sache dient, lasse ich noch einmal über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Die Worte "ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit" sind gestrichen. Dieser Satz ist jetzt im Dringlichkeitsantrag nicht mehr enthalten. Wer jetzt diesem Antrag zustimmen möchte - -

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben wir doch schon! – Peter Winter (CSU): Wisst ihr überhaupt, was ihr wollt?)

Herr Kollege Dürr, ich habe es hier in der Hand.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Über den ganzen Antrag?)

Das habe ich Ihnen doch schon gesagt. Über die Nummer 4 haben wir schon abgestimmt. Die Nummer 4 wurde mehrheitlich angenommen. Jetzt lasse ich über den Rest des Antrags abstimmen. Die Streichung ist bereits vorgenommen worden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber jetzt nicht gesagt!)

- Herr Kollege Dr. Dürr, wenn ich sehe, wie bei Ihnen bei den Abstimmungen die Hände hochgegangen sind, und Sie haben überhaupt nicht gewusst, wie Sie abstimmen sollen, dann sage ich Ihnen: Räumen Sie erst einmal bei Ihnen selber auf, bevor Sie hier bei mir anfangen.

(Beifall bei der CSU)

Wer jetzt diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Über die Nummern 1 bis 3!)

Liebe SPD-Fraktion, Sie haben mich gebeten, dass ich noch einmal über den Antrag insgesamt abstimmen lasse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Über die Nummern 1 bis 3 wird jetzt abgestimmt.)

- Herr Kollege Halbleib, ich habe doch gesagt, dass wir über die Nummer 4 schon abgestimmt haben. Das ist erledigt. Jetzt lasse ich über die Nummern 1 bis 3 abstimmen. Die Streichung ist schon vorgenommen worden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Dann stimmen wir ab, denn es gibt sowieso eine Mehrheit!)

So ist es. Herr Fraktionsvorsitzender, ich habe schon versucht, das klarzumachen.

Wer jetzt dem Dringlichkeitsantrag, den Nummern 1 bis 3, zustimmen möchte, wobei die Worte "ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit" gestrichen sind, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ist der Antrag dennoch angenommen. Vielen Dank.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir die Behandlung der Dringlichkeitsanträge für heute beendet. Die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge werden an die federführenden Ausschüsse überwiesen. Dazu muss ich bekanntgeben, dass entgegen der für Sie aufgelegten Liste die Anträge auf den Drucksachen 17/3366 und 17/3395 nicht dem Ausschuss für kommunale Fragen und innere Sicherheit, sondern dem Wirtschaftsausschuss federführend überwiesen werden.

Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u. a. (SPD)
Runden Tisch Ganztagsschulen einberufen
(Drs. 17/1970)

Ich eröffne die Aussprache. Fünf Minuten sind pro Fraktion vereinbart worden. Wer beginnt bitte? – Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir nach dieser schwierigen Abstimmung wieder alle hellwach sind, freue ich mich sehr darauf, mit Ihnen über das Thema Ganztagsschule diskutieren zu können. Wir wollen Ihre Zustimmung dazu, dass wir endlich die Forderungen des Städtetagspräsidenten Ulrich Maly erfüllen und erneut einen Ganztagsgipfel einberufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war gestern mit einigen meiner Kollegen in Nürnberg, wo wir zu einer Konferenz "Guter Ganztag" - -

(Unruhe)

Ich beginne noch einmal, es war ein bisschen laut.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie haben recht.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich war gestern mit einigen meiner Kollegen in Nürnberg, wo wir zu der Konferenz "Guter Ganztag" eingeladen hatten. Ich möchte Ihnen ganz einfach die Situation der Ganztagsangebote in der Stadt Nürnberg nahebringen. Die Stadt Nürnberg hat eine Umfrage bei den Eltern von Grundschulkindern gemacht. 80 % der Eltern von Grundschulkindern wünschen sich in der Stadt Nürnberg am Nachmittag eine Betreuung für ihre Kinder. Für circa 40 % kann die Stadt Nürnberg bereits jetzt Hortplätze anbieten. Für etwas mehr als 10 % stehen offene Ganztagsplätze zur Verfügung. Für nicht einmal 2 % stehen gebundene Ganztagsplätze zur Verfügung. Die Stadt Nürnberg muss also für mehr als 25 % der Kinder in der nächsten Zeit Ganztagsangebote schaffen. Mit dieser Mammutaufgabe dürfen wir die Kommunen nicht alleine lassen. Hier steht der Freistaat Bayern in der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat für das Jahr 2018 die Ganztagsgarantie abgegeben. Ich frage Sie also: Wie soll der Ausbau von Ganztagsangeboten erfolgen? Wo ist denn Ihr Ausbauplan? Wie soll die Ganztagsgarantie erfüllt werden? Welche Qualität sollen die Angebote haben? Wer soll vor allem die Zeche zahlen? Wer zahlt für den Ausbau der Gebäude? Wer zahlt für das Personal?

Unlängst war ich auf einer Veranstaltung von Professor Rauschenbach vom Deutschen Jugendinstitut, der ganz trocken festgestellt hat: "Der Ausbau der Ganztagsangebote erfolgt ziel- und konzeptionslos." Ich muss ihm recht geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, dass wir uns dieses Themas intensiv annehmen. Die Gesellschaft wandelt sich. Kinder, die heute in die Ganztagskrippe gehen, gehen morgen in einen Ganztagskindergarten und übermorgen in die Schule, und dann wollen sie eine Ganztagsschule. Deswegen ist es jetzt höchste Zeit, dass wir die Akteure für die Ganztagsbetreuung, das Kultusministerium, das Sozialministerium und die Kommunen, an einem Tisch zusammenbringen und dass gemeinsam darüber verhandelt wird, wie der Ausbau der Ganztagsangebote in Bayern weitergehen soll.

Was passiert bei uns in Bayern? - Es gibt einen Betreuungsdschungel. Es gibt eine Mittagsbetreuung, eine verlängerte Mittagsbetreuung, Horte, offene Ganztagsangebote und gebundene Ganztagsangebote. Manche Angebote sind gut, andere nicht. Einige arbeiten mit Lehrern, andere mit Erziehern. Andere Angebote kommen nahezu ganz ohne Fachpersonal aus. Da wird jeder Student und jede 400-Euro-Kraft händeringend genommen. Wir waren gestern mit Eltern, Lehrern und Trägern sowie Kommunalpolitikern beisammen gesessen. Die Unzufriedenheit in diesem Bereich ist riesig. Hier wurden für alle Ganztagsange-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 06.11.2014 **Drucksache 17/4167**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**3393**

Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Martin Güll**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 19. Sitzung am 6. November 2014 beraten und aufgrund des in der Sitzung mündlich gegebenen Berichts der Staatsregierung für e r l e d i g t erklärt.

Martin Güll
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Abstimmung
über eine Verordnung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Nachdem Ihnen allen inzwischen die Beschlussempfehlung vorliegt, können wir diesen Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause erledigen. Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 6 bis 10, die bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden sind. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.Die namentliche Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 11 – "Behandlung von pechhaltigem Straßenaufbruch in Bayern" – wurde bereits angekündigt. Diese Abstimmung wird nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen und nicht mehr jetzt unmittelbar. Das möchte ich der Ordnung halber sagen, sodass sich jeder darauf einstellen kann.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir pünktlich um 13.30 Uhr Tagesordnungspunkt 3, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, aufrufen werden.

Bis dahin unterbreche ich die Sitzung zur Mittagspause.

(Unterbrechung von 13.01 bis 13.32 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verordnung und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7

(Tagesordnungspunkt 9)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Verordnung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 11 Abs. 1 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes zum Entwurf einer Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern (AbfPV)
Drs. 17/2514, 17/4305 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

Anträge

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Effektive Kontrollen in der Forensik – Würde psychisch Kranker wahren!
Drs. 17/675, 17/4111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Asylsozialberatung nicht auf die Landkreise übertragen
Drs. 17/1635, 17/4071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Hausaufgaben aus dem Sozialbericht erledigen – Sofortmaßnahmen gegen Armut in Bayern ergreifen
Drs. 17/1784, 17/4293 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Obersalzberg: Zuständigkeit des IfZ erhalten
Drs. 17/1811, 17/4309 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauenhäuser und Notrufe in Bayern I
Einrichtung von Interventions- und Beratungsstellen mit einem pro-aktiven Beratungsansatz
Drs. 17/2111, 17/4100 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauenhäuser und Notrufe in Bayern II
Anpassung der Fördersätze für Frauenhäuser und Notrufe an die Kosten- und Gehaltsentwicklung
Drs. 17/2112, 17/4101 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauenhäuser und Notrufe in Bayern III
Überprüfung der fachlichen und personellen Vorgaben sowie der Versorgungsquoten aus dem „Gesamtkonzept für Frauenhäuser in Bayern“ auf der Basis einer bayernweiten Bedarfsanalyse
Drs. 17/2113, 17/4107 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauenhäuser und Notrufe in Bayern IV
Einrichtung regionaler Fachberatungsstellen zur Prävention und Intervention bei Gewalt gegen Frauen mit Behinderung
Drs. 17/2114, 17/4108 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauenhäuser und Notrufe in Bayern V
Spezialisierte und barrierefrei zugängliche Schutz- und Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderung und für Frauen mit einer psychischen Erkrankung ausbauen
Drs. 17/2115, 17/4109 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

11. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD
Ausbau der Elektrifizierung des Lückenschlusses der Franken-Sachsen-Magistrale von Hof nach Nürnberg mit Anschluss von Bayreuth nach Cheb unverzüglich auf den Weg bringen
Drs. 17/2288, 17/4404 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Franz Schindler, Reinhold Strobl u.a. SPD
Verbesserte Schienenverbindung nach Prag
Drs. 17/2289, 17/4405 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Karl Freller, Erwin Huber u.a. CSU
Elektrifizierung der Bahnstrecke
Nürnberg – Sulzbach-Rosenberg – Amberg – Schwandorf – Furth im Wald – Prag
Drs. 17/2355, 17/4406 (E)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Angemessenes Hilfsangebot für Opfer häuslicher Gewalt in Bayern schaffen (I)
Drs. 17/2455, 17/4110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Angemessenes Hilfsangebot für Opfer häuslicher Gewalt in Bayern schaffen (II)
Drs. 17/2456, 17/4112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Situation der Ehe-, Partnerschafts-, Familien- und Lebensberatung verbessern
Drs. 17/2517, 17/4113 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
Vermittlung interkultureller Kompetenz für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern und interkulturelle Öffnung desselben in Bayern
Drs. 17/2554, 17/4325 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Modellprojekte zur generalistischen Pflegeausbildung in Bayern
Drs. 17/2555, 17/4401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger SPD, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Barrierefreier Ausbau Bahnhof Ansbach
Drs. 17/2613, 17/4407 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Maßnahmen zum Schutz des Bergwalds: Durchführung einer Anhörung zur aktuellen Situation des Bergwalds
Drs. 17/2647, 17/4300 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule nicht in Frage stellen und solides und langfristiges Fundament ermöglichen
Drs. 17/2677, 17/4368 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Investitionsplan für Büchereien und öffentliche Mediatheken
Drs. 17/2769, 17/4367 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Breitbandförderung: Pool-Lösung für interkommunale Zusammenarbeit
Drs. 17/2830, 17/4288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Norbert Dünkel, Oliver Jörg, Joachim Unterländer u.a. CSU
Studienplatzkapazitäten im sonderpädagogischen Bereich ausweiten
Drs. 17/2844, 17/4310 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer-Stäblein, Judith Gerlach u.a. CSU
Differenzierung des Gewichtungsfaktors für Kinder unter drei Jahren
Drs. 17/2846, 17/4116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Anreize für interkommunale Aktivitäten prüfen
Drs. 17/2847, 17/4291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus der NSU-Mordserie: Erfassung politisch motivierten Kriminalität reformieren – Antimuslimische Straftaten sichtbar machen!
Drs. 17/2851, 17/4282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger u.a. CSU
Einheitliches Bayerisches Messekonzept
Drs. 17/2867, 17/4408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“ ziehen I – Situation von Menschen mit Behinderung auch im jährlichen Datenreport analysieren
Drs. 17/2912, 17/4139 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“ ziehen II – Alleinerziehende vor Armut schützen!
Drs. 17/2913, 17/4117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schluss mit dem Befristungsdilemma für Junglehrkräfte an Fachoberschulen und Berufsoberschulen
Drs. 17/3093, 17/4326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Planungen der Staatsregierung im Bereich Fußball-Fankultur
Drs. 17/3096, 17/3888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beteiligung Bayerns am bundesweiten Projekt für Verbraucherberatung im Pflegebereich
Drs. 17/3102, 17/4302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hochwasserschutz vorantreiben: Entschädigung von land- und fortwirtschaftlichen Flächen
Drs. 17/3104, 17/4304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	A

35. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Modellprojekt „Schulen und Umweltstationen kooperieren“
Drs. 17/3105, 17/4363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzept für ein Storchenzentrum im Aischgrund
Drs. 17/3108, 17/4303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

Die SPD-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

37. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wegfall des Versorgungszuschlags für Krankenhäuser verhindern! – Keine Kürzungen in der Krankenhausvergütung vornehmen
Drs. 17/3196, 17/4402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“ ziehen III – Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten!
Drs. 17/3235, 17/4140 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft der Insolvenzberatung in Bayern sichern I – Neuordnung der Schuldner- und Insolvenzberatung
Drs. 17/3202, 17/4262 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gymnasialkonzept: Rolle der Ministerialbürokratie aufklären und Schranken aufzeigen
Drs. 17/3363, 17/4166

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern
Drs. 17/3393, 17/4167

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

42. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Maßnahmen für den Fall des Auftretens der Ebola-Erkrankung in Bayern
Drs. 17/3713, 17/4183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

43. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Florian Herrmann, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Aufklärung über die Ebola-Epidemie und ihre möglichen Folgen für den Freistaat
Drs. 17/4089, 17/4184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

44. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ulrich Leiner, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Situation der bayerischen Krankenhäuser verbessern!
Drs. 17/2523, 17/4400 (E)

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z